Wolfgang G. Schwanitz

Amerikas ungeschriebene Islampolitik

Das Weiße Haus und die Beziehung zwischen Terror und Islam

Teil 2: Präsidiale Einsichten in Terror und Islam

Vier amerikanische Präsidenten haben seit Ronald Reagan in den letzten 25 Jahren die Beziehungen zwischen Terror und Islam zu definieren versucht. Als Reagan selbst und sein Vize George H. W. Bush erstmals 1986 eine nationale Anti-Terror-Politik begründet haben, war deren Einbettung in die historischen Dimensionen des Konflikts zwischen Islam und westlicher Welt noch ebensowenig ein Thema wie die Identifizierung der totalitären Ideologie hinter dem Terrorismus selbst. Dies geben die einst geheimen White House policy papers zu erkennen. Sicher entfaltete man gegenüber Staaten wie Ägypten, Libyen, Irak und Afghanistan eine Anti-Terror-Politik. Zu einer eigenen nationalen Islam-Politik kam es indes nicht – ein Defizit, das auch unter George W. Bush zunächst fortbestand. Erst die Großangriffe auf die USA vom 11. September 2001 trieben Bush jun. in die Offensive. Zwar hat auch er noch keine politische Linie gegen den Islamismus als totalitäre Ideologie formuliert. Doch er hat die seinerzeitigen Tabus gebrochen und einen Weg beschritten, auf dem die Zusammenhänge zwischen Islamismus und Terror deutlicher erkennbar sind als in den Jahrzehnten zuvor.

■ Executive Summary

The second part of this two-part article sheds light on how four American presidents after Ronald Reagan dealt with the relationship between Islam and terror within the last 25 years. The analysis draws upon formerly secret White House policy papers that contain directives on terror and fundamentalism. What emerges clearly is that president Reagan and his vice-president, George H. W. Bush, did establish a nationwide anti-terror policy for the first time in 1986, but also that they did not relate this policy to the historical dimensions of the conflicts between Muslims and Western modernity. Mr Reagan, Mr Bush, and Bill Clinton failed to perceive the totalitarian ideology behind terrorism. Their key problem arose from the fact that they saw Islam, in the Western sense, merely as a religion, not as a civilization that unites religion and power. This may be rooted in the secular nature of their governing mission; however, it proved to be their greatest mistake: While they did develop an anti-terror policy towards countries such as Lebanon, Egypt, Libya, Iraq, Iran, Saudi Arabia, and Afghanistan, the other side of the coin remained in the dark because they did not establish a national policy on Islam. This is why they mostly acted defensively and aimlessly.

This inconsistency is living on under George W. Bush. What is more, the war conducted to free Kuwait from its aggressor, Iraq, in 1991, Islamist attacks against the USA from 1993 onwards, and the Is-

lamist declaration of war on the West in 1998 caused the worldwide axis of conflict to turn from West-East to North-South. This, however, was not appreciated by the White House which, until September 11, 2001, was still influenced by the structures and the mentality of the Cold War. As this part of the article shows, Mr Bush was driven by the large-scale terrorist attacks to take the offensive. At first, he avoided showing the nexus between Islam and terror. Then, he broke that taboo. He has not yet formulated a national policy on Islam which confronts Islamism as the third totalitarian ideology entering flexible coalitions, but this is now unavoidable. The conclusion presents the challenges confronting the USA in the light of six historical peculiarities in the Islamic practices of the US.

■ Bushs Islampraxis

Zunächst hat George W. Bush das Büro für Heimatsicherheit gebildet, das 22 Agenturen integrierte. Er beendete damit zwei Jahrzehnte der strukturellen Unklarheit. Inwieweit die Einrichtung effektiv ist, steht dahin. Der einstige Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, forderte aggressivere und unternehmerische Ansätze in den Systemen der nationalen Sicherheit. Dies auch, um solche Bürokratien abzubauen und dynamischer zu gestalten.[1)] Wieder wurde klar, wie gefährlich ABC-Waffen in terroristischen Händen sein können.[2)]

Bislang lassen ausgebliebene Anschläge auf eine bessere Abwehr schliessen, wie sich bei dem vereitelten Londoner Anschlag auf Zivilflüge nach Amerika am 10. August 2006 zeigte. Oder die Terroristen bedienen sich daneben einer weiteren Taktik, wozu auch die Versuche mit dem so genannten gesetzlichen Islamismus zählen. Dieser *lawful Islamism* hält an der Beseitigung der demokratischen Zivilisationen fest, nutzt aber alle legalen Wege in Demokratien aus. Insofern geht es Islamisten dieser Art meist um kosmetische Änderungen und um eine weniger abstoßende Taktik bei ihrem Griff nach der globalen Vormacht.

Bush machte Anfang 2002 Terrorgruppen namhaft, so Hamas, Hizballah, Islamischer Jihad und Jaish-i-Mohammed. Im Mai sah er darin eine neue totalitäre Bewegung. Ihre Anhänger fühlten sich berufen, andere im Namen einer „falschen religiösen Reinheit“

1) Newt Gingrich, „Bush and Lincoln“, in: *The Wallstreet Journal*, 07.09.2006, S. A20.

2) Moderne Gesellschaften bieten endlose Angriffsflächen und die Bomben von Terroristen haben keine nationalen Absender. Ein schlimmes Scenario – Frank J. Gaffney, Jr., „Electromagnetic Pulse Attack, EMP: America's Achilles' Heel“, in: *Imprimis*, 34(2005)6, S. 2–7.

zu töten. Vor dem Krieg in Afghanistan kalkulierte Bush die Risiken, wobei er etwa mit Blick auf Mullah Umar vom *hard-line fundamentalist brand of Islam* sprach, von der *fundamentalist rebellion* der Islamistischen Bewegung Usbekistans, vom *fundamentalist regime* der Taliban und von *Muslim extremists* in Indonesien.[3] Gleichermaßen vor dem und im Krieg gegen Irak erwog der Präsident einige Risiken, darunter das Ausbrechen ethnischer Konflikte zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden, wie es früher schon geschah, und die Möglichkeit, dass dieser Krieg im Irak als ein Krieg gegen alle Muslime gesehen werden könnte.[4]

- Another state could try to take advantage of the U.S. involvement or preoccupation with Iraq.
- Oil disruption could cause international shock waves.
- Iraqi intelligence services, who have a global presence including inside the U.S., could strike the U.S., our allies or other deployed forces in unconventional ways.
- There could be higher than expected collateral damage.
- Fortress Baghdad could prove to be long and unpleasant for all.
- Iraq could experience ethnic strife among the Sunnis, Shiites and Kurds as had happened before.
- Iraq could use chemical weapons against the Shiites and blame the United States.
- Iraq could successfully best the U.S. in public relations and persuade the world that it was a war against Muslims.

Dok. 1: Ausriss aus einem Memorandum des Pentagon für den Präsidenten 2003 vor dem Beginn der Invasion gegen Irak mit einer Liste von Problemarten infolge des angestrebten Regimewechsels, die Präsident Bush erläutert wurde. Auf dieser Checkliste, die laut Bob Woodward 29 Punkte beinhaltet, wurden konfessionelle Zwiste unter Sunniten, Schiiten und Kurden „wie früher" sowie die gegnerische Darstellung des Krieges als Krieg gegen Muslime für möglich gehalten. Beide Punkte hätte das Weiße Haus vorab mit aller Kraft und unter Mitarbeit von Experten im Sinne der Verhütung im Irak mehr ausloten müssen.

George W. Bush, der bei Kriegszielen im Irak vom Regimewechsel zur Beseitigung von Massenvernichtungswaffen schwankte, entwickelte seine Grundsätze, darunter den, dass sich der Islam – wie auch das Christentum – in freier und demokratischer Art entwickeln könnte.[5] Daraus folgte sein messianischer Anspruch, damit zu beginnen, die Erde im 21. Jahr-

3) Bob Woodward, *Bush at War*, New York 2002, S. 121, 173, 217.

4) Bob Woodward, *Plan of Attack*, New York 2004, S. 206.

5) Woodward, *Plan*, S. 376.

hundert von Tyranneien zu befreien. Freilich zeigte sein bisheriges Leben eine große Unerfahrenheit auf dem Felde der Weltpolitik, so dass ihm die Dimensionen seiner Vision vermutlich nicht bewusst waren. Zudem besaß er keine tieferen Einblicke in Diktaturen des euroasiatischen Typs. Doch zeigte er sich durch Werke herausragender Wissenschaftler wie John L. Gaddis[6], Bernard Lewis[7] und Nathan Scharansky beeindruckt. Wenn jemand eine Ahnung gewinnen möchte, erklärte Bush, wie er über die Außenpolitik denke, so möge er Scharanskys Buch[8] studieren, und zwar das über die Macht der Freiheit, Tyrannei und Terror zu überwinden. Bekanntlich betonte Scharansky, der selbst lange Opfer des sowjetrussischen GULags war, alle Völker verdienten ihre offene Gesellschaft und allein diese könne echte Stabilität, Sicherheit und Menschenrechte garantieren. Die freie Welt, sagte Scharansky, verriet im Kalten Krieg durch Pakte mit Tyranneien ihre demokratischen Werte. Im Gegensatz dazu hätten die Demokratien einst auf demokratischem Fortschritt bestehen müssen, statt es mit *appeasement* zu versuchen.[9]

Erstmals sprach George W. Bush Mitte 2004 von „islamischen Militanten" und gestand ein, den „Krieg gegen Terror" falsch benannt zu haben, vielmehr sei es ein Kampf gegen ideologische Extremisten, die nicht an freie Ordnungen glaubten und die den Terror als Waffe gegen das Bewusstsein der freien Welt einsetzen. Er ließ offen, was denn nun jene Radikalen antrieb.[10]

Gegner des Krieges gegen radikale Islamisten führten vier typische Argumente an. Der Krieg führe seiner Natur nach unnötig zu vielen Opfern unter Zivilisten: Die Terroristen würden sich unter Zivilisten verstecken. Diese würden durch all das in Rage versetzt und zur Hilfe für Terroristen verleitet. Sicher hat dies Argument etwas für sich, doch weist es gleichwohl auf Herausforderungen einer neuen Kriegsart hin. Terrorismus, so hört man ferner, sei eine Abstraktion mit der Gefahr, politischen Bewegungen, die sich des Terrors bedienen, alle in einen Topf zu werfen, obwohl doch zwischen ihnen differenziert werden sollte.

Diese Rede betont nur die dringende Notwendigkeit einer kohärenten Anti-Terror- und Islampolitik.

6) John Lewis Gaddis, *The Cold War. A New History*, New York 2005.

7) Bernard Lewis, *What Went Wrong? Western Impact and Middle Eastern Response*, Oxford 2002; ders., *The Crisis of Islam. Holy War and Unholy Terror*, New York 2003.

8) John F. Dickerson, What the President reads. CNN.Com, 10.01.2005: http://www.cnn.com/2005/ALLPOLITICS/01/10/bush.readinglist.tm/

9) Natan Sharansky with Ron Dermer, *The Case for Democracy. The Power of Freedom to Overcame Tyranny and Terror*, New York 2004.

10) Daniel Pipes, „Naming the Enemy", in: *The New York Sun*, 17.08.2004.

Zudem, so wird auch eingewandt, würde der Krieg gegen den Terror zu sehr die Militäraktionen betonen, wohingegen die meisten Territorialkonflikte der politischen Regelung bedürften. Ist das nicht ein Denkfehler? Im Ringen gegen den Islamismus geht es weniger um Territorien als vielmehr um eine totalitäre Ideologie der alt-neuen Träume von einem islamischen Imperium. Ginge es lediglich um Gebiete, ließe sich rascher ein Konsens erzielen. Doch wie der Konflikt um Palästina zeigt, kann man wohl kaum mit einer Seite verhandeln, die ideologisch die Beseitigung oder Bekehrung der anderen Seite zum Ziel hat.

Schließlich werfen Gegner des Krieges gegen die radikalen Islamisten ein, dieser treibe einen Keil zwischen „Uns und die Anderen: wir sind unschuldige Opfer, sie sind Täter. Doch wir vergessen dabei zu bemerken, dass wir in diesem Prozess gleichwohl zu Tätern werden, was der Rest der Welt aber erkennt. Dadurch entstand die große Lücke zwischen Amerika und der Welt."[11)] Die Kluft aber weitete sich Jahrhunderte zuvor. Sie entstand durch divergierende Entwicklungsarten, die Amerika durch seine Politik nicht erzeugt hat. Natürlich löste es in den 65 Jahren seiner Aktivität in Mittelost eigene Konflikte aus. Wie die Geschichte zwischen Deutschen und Palästinensern offenbart, lassen sich solche Ursachen nicht durch eine gute oder schlechte Politik allein einer Seite erklären: auch das Tun oder das Unterlassen auf anderen Seiten der Machtpolitik wirkte entscheidend.[12)] Die Adressaten für legitime Beschwerden über die Entwicklungskluft wären Kolonialmächte, zu denen Amerika ja nicht zählt. Zudem heißt es, jene vier Faktoren bewirkten, dass der „Krieg gegen den Terror" nicht gewonnen werden könne. Ein endloser Krieg gegen einen unsichtbaren Feind würde Amerikas Macht nur schaden und die Welt in den Teufelskreis der Gewalt treiben. Darauf erwiderten Befürworter eines offensiven Kurses wie George W. Bush: es gehe um das demokratische Sein oder Nichtsein – appeasement gegenüber Terroristen führe in den Untergang. Oder: *either we free them of their tyrannies or they will destroy us.*[13)]

Im Hinblick auf den Terror im Irak wurde in den Medien betont, dieses Ringen richte sich nicht gegen den Islam als persönlichen Glauben, sondern gegen eine militante Ideologie, den Islamismus, wo der Dji-

11) George Soros, „A Self-Defeating War", in: *Wall-street Journal,* 15.08.2006.

12) Dazu mein Beitrag, „Olivenzweig, Waffe und Terror. Deutsche und Palästinenser im Kalten Krieg", in: *KAS-Auslandsinformationen,* 21(2005)3, S. 34–66. http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_6454_1.pdf

13) Daniel Freedman, „U.S. May Lose War on Terror, Historian Says", in: *The New York Sun,* 13.09.2006.

had als Mittel, das Einflussgebiet der Religion auszudehnen, die Hauptrolle spielte. Alsbald kamen solche Worte wie *Jihadis* und *Jihadism* auf. Als der Terroristenführer Abu Musab al-Zarqawi, den Bin Ladins Stellvertreter Aiman al-Zawahiri als „Helden des Islam" pries, Mitte 2006 im Irak getötet wurde, sprach Bush vom Krieg gegen die terroristische Ideologie. In den Medien war von *Islamo-totalitarians* die Rede. Zwischen Bush und Premier Tony Blair gab es einen ständigen Austausch auch zu Begriffen.

Dennoch wollten viele den Islam möglichst gar nicht erwähnen, da dies Anlass zu Verstimmungen geben könne. Tony Blair hat in diesem Licht auf zweierlei hingewiesen. Zum einen begegnete er der Rede, die islamistischen Terroristen seien keine „echten Muslime" mit einer Parallele: dies wäre wohl so, als würde man den Protestanten, der in Nordirland einen Katholiken ermordet, nicht wirklichen Christen nennen. Doch bleibe es dabei, dass dieser eben ein protestantischer Intoleranter sei. Zu meinen, seine Religion sei irrelevant, würde doch völlig zum Missverständnis seiner Motive und zum Ignorieren dieses extremistischen Stranges in der Religion führen. Zum anderen meinte er, dass Demokraten verpflichtet seien, islamistische Extremisten auch als solche zu bezeichnen. Dies nicht nur, weil deren Terrormethode, sondern weil eben auch deren Ziel grundfalsch sei.[14)]

Bush konnte auf ein Plus verweisen. Anfang 1999, noch in der Clinton-Ära, muss sich Muammar al-Qaddafi entschieden haben,[15)] seiner Isolierung zu entrinnen und mit Amerika zu kooperieren. Libyen übernahm die Verantwortung für den Anschlag 1988 auf den Pan Am Flug 103 mit allen Folgen. Ein schottisches Gericht sah es 2003 als erwiesen an, dass er durch einen libyschen Agenten ausgeführt worden war. Kurz nach dem Sturz Saddam Husains begann Tripolis im Dreieck mit London und Washington Gespräche darüber, dass es sein Programm für Massenvernichtungswaffen aufgebe. Die Zusage wurde realisiert. Dafür strich Washington Libyen im Mai 2006 von der Liste der Staaten, die den Terror fördern.[16)] Der Weg zurück in die Weltgemeinschaft war offen. Hier hat also ein Kurs der demokratischen Konsequenz sowie der Mischung aus Stärke und Diplomatie zum Erfolg geführt.

14) Joint Press Conference of President Bush and Prime Minister Blair, The White House, 28.07.2006.

15) Madeleine K. Albright, *Madam Secretary*, New York 2003, S. 417–421.

16) Flynt Leverett, „Why Libya Gave Up on the Bomb", in: *The New York Times*, 23.01. 2004; Judith Miller, „Gadhafi's Leap of Faith", in: *The Wallstreet Journal*, 17.05. 2006.

Von Reagan zu George W. Bush

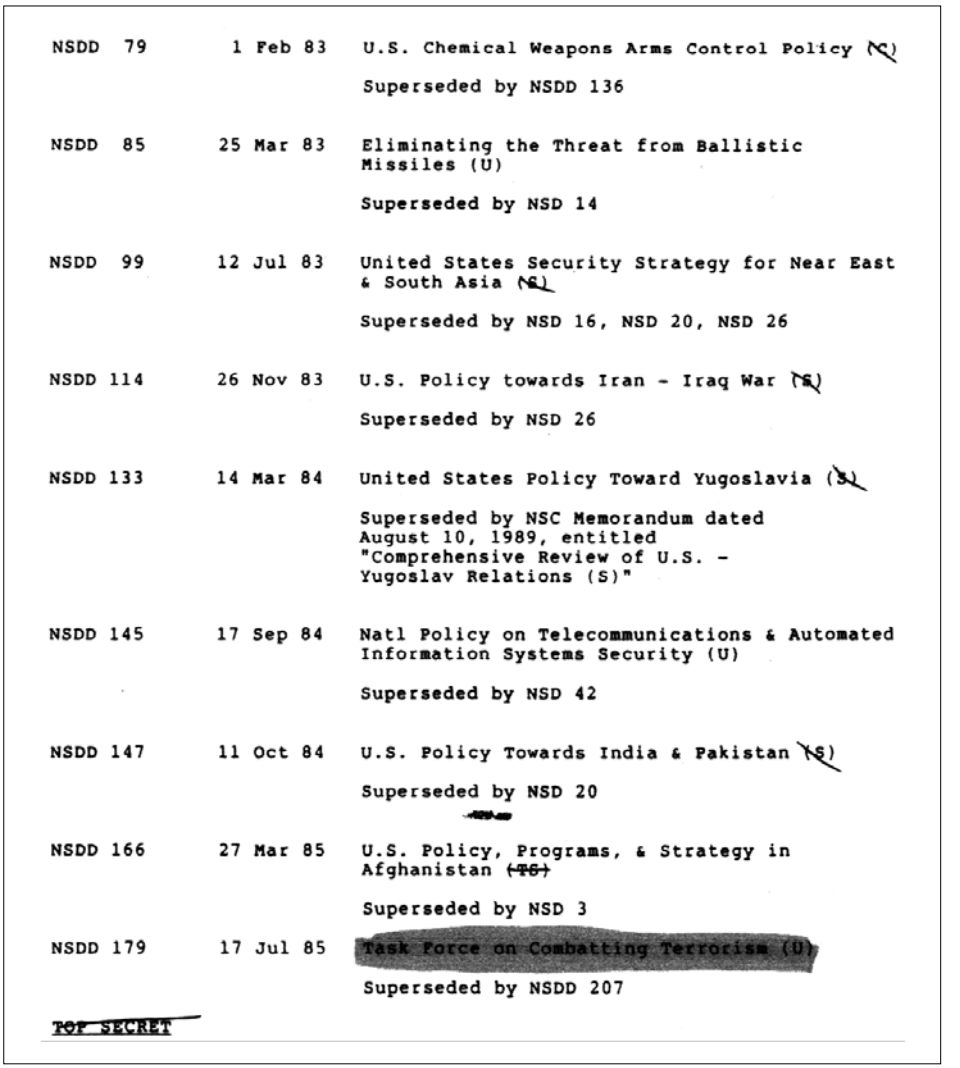
Im jüngsten Vierteljahrhundert verfielen alle vier US-Präsidenten gegenüber dem Islam in Extreme. Als die islamische Revolution im Iran und das Geiseldrama von Teheran sich ereigneten, haben sie das ihnen Fremde missachtet: Selten thematisierten sie die tiefere Verbindung zwischen dem islamischen Fundamentalismus und dem Terrorismus. Diese ignorierende Tendenz reflektieren auch Papiere über Mittelost aus dem Nationalen Sicherheitsrat. Wie gezeigt, sagte Madeleine K. Albright noch vor dem Millenium, keine direkte Islampolitik zu verfolgen. Mithin enthüllte sie: Amerika hatte eine Anti-Terror-, aber keine gezielte Isampolitik.

Dann kam die apologetische Tendenz auf: Nach den Großanschlägen auf Amerika 2001 beeilte sich George W. Bush, die Unschuld der islamischen Religion zu betonen. Diese sei durch fanatische Radikale missbraucht worden. Islam sei Frieden, sagte der Chef des Weißen Hauses, indes andere die Zusammenhänge zwischen dem Islam und dem mittelöstlichen Terrorismus sowie den Konflikt von Zivilisationen rundweg bestritten. Als könne beides durch Dialog weggeredet werden. Dritte beeilten sich darzutun, wie ganz ähnlich auch das Judentum und das Christentum politisiert seien, und dass die islamistischen Terroristen nur ihre Religion verrieten.[17)]

Seit dem Millenium läuft diese Verteidigung des Islam unter dem Motto: Das ist nicht die Musik, es sind ein paar wirre Musikanten, wobei Komponisten und ihre Sponsoren in Mittelost und Europa aus diplomatischer Rücksichtnahme oft nicht mehr erwähnt werden. Beobachter sahen darin gar die offizielle amerikanische Tradition – den Islam öffentlich zu verteidigen und den tiefen kausalen Zusammenhang zwischen Islam und Terrorismus zu leugnen. Washington wolle damit die Muslime besänftigen, die dann ihrerseits helfen, die Feindseligkeit gegen Amerika zu vermindern. Insgesamt stecke hinter der apologetischen Tendenz gegenüber dem Islam ein politischer Kanon mit vier Elementen: Demnach gebe es keinen Konflikt der Zivilisationen, Terror sei nicht islamisch, Islam sei kompatibel mit Demokratie und Amerikas Idealen sowie die Bürger mögen doch nur lernen, den Islam zu schätzen.[18)]

17) Daniel Pipes, Mimi Stillman, „The United States Government: Patron of Islam?“, in: *Middle East Quarterly* January 2002.

18) Ebd.



NSDD 79	1 Feb 83	U.S. Chemical Weapons Arms Control Policy (C) Superseded by NSDD 136
NSDD 85	25 Mar 83	Eliminating the Threat from Ballistic Missiles (U) Superseded by NSD 14
NSDD 99	12 Jul 83	United States Security Strategy for Near East & South Asia (S) Superseded by NSD 16, NSD 20, NSD 26
NSDD 114	26 Nov 83	U.S. Policy towards Iran - Iraq War (S) Superseded by NSD 26
NSDD 133	14 Mar 84	United States Policy Toward Yugoslavia (S) Superseded by NSC Memorandum dated August 10, 1989, entitled "Comprehensive Review of U.S. - Yugoslav Relations (S)"
NSDD 145	17 Sep 84	Natl Policy on Telecommunications & Automated Information Systems Security (U) Superseded by NSD 42
NSDD 147	11 Oct 84	U.S. Policy Towards India & Pakistan (S) Superseded by NSD 20
NSDD 166	27 Mar 85	U.S. Policy, Programs, & Strategy in Afghanistan ~~(TS)~~ Superseded by NSD 3
NSDD 179	17 Jul 85	Task Force on Combatting Terrorism (U) Superseded by NSDD 207

~~TOP SECRET~~

Dok. 2: Die von Ronald Reagan an George H. W. Bush 1989 übergebenen Direktiven 321 und 323 vermittelten Übersichten zu den geltenden, teilweise und vollständig überholten *White House policy papers* vorheriger Administrationen. Hier eine Übersicht aus der Ära George H. W. Bushs mit den überholten Präsidialdirektiven (laut Sicherheitsdirektive 59 vom 15. Mai 1991): Diese erhellt Reagans Anweisung über den Einsatz der Arbeitsgruppe „Terrorismus-Bekämpfung" – unter Vizepräsident Bush –, aus der dann Anfang 1986 die Präsidialdirektive 207 als erstes Nationalprogramm des Kampfes gegen den Terrorismus kam. Eine Ära des Überganges wird sichtbar – Ost-West-Konflikt, Nahost und Südasien, Irak/Iran-Krieg, Afghanistan, Jugoslawien und die Politik gegenüber Indien und Pakistan.

Blättert man nun wieder in den von Ronald Reagan an George H. W. Bush übergebenen Direktiven 321 und 323, drängt sich ein Fazit auf: An der Wende zu den achtziger Jahren verstärkten sich Konflikte, die sich im islamistischen Terrorismus entluden. Sicher sind in Mittelost nicht alle Muslime Terroristen, aber fast alle Terroristen sind Muslime. Indes führte das nicht zur einer klaren amerikanischen Islamdoktrin. Seit 25 Jahren wirkt Amerika intensiv auf Mittelost ein. Aber seine Präsidenten haben die Natur der Region und ihrer Religion verkannt. Sie haben beide noch nicht aus deren Begriffen verstanden, geschweige denn erklärt. Sieht man von der jüngst enthüllten strategischen Warnung vor Terrorangriffen ab, die CIA-Chef George J. Tenet selbst Condoleezza Rice im Juli 2001 gab,[19] stand im Weißen Haus erst am 10. September 2001 die Präsidialdirektive neun gegen Bin Ladin und al-Qa'ida an – zu spät. Der Zusammenhang zwischen Islam und Terror hat das Weiße Haus im Krieg in Afghanistan und Irak überrollt, obwohl seine Chefs lokale, regionale und globale Islampolitik betreiben, gibt es noch keine Präsidialdirektive zur nationalen Islampolitik.

Auf seiner Pressekonferenz mit dem britischen Premier Tony Blair Ende Mai 2006 benutzte George W. Bush wiederum den Begriff *Islamofascists*. Ein Terminus, den wohl der 2004 verstorbene Pariser Islamforscher Maxime Rodinson zur islamischen Revolution in Iran geprägt hat.[20] Wie man auch zu diesem nicht sehr präzisen Terminus stehen mag, so lag dies auf der Hand: In seiner Islampraxis hat sich Bush Mitte 2006 dem Moment genähert, an dem im Weißen Haus Amerikas nationale Islampolitik ansteht. Dies umso mehr, als gleichzeitig die Medien sogar fragten, warum der US-Kongress nicht offiziell dem Islamofaschismus den Krieg erkläre.[21] Wie aber, wenn das Weiße Haus die Gegner, Etappen, Koalitionen, Zeitdauer, Mittel und Ziele nicht scharf genug definiert hat? Zum anderen hatte George W. Bush einige Beziehungen zwischen Islam und Terror dargestellt und das laufende Ringen zwischen der islamistischen Vision und der demokratischen Zivilisation in die Ära der Globalisierung gerückt. Doch fragte es sich: Ist Unwissenheit der Grund für das Fehlen und die Verschleppung der nationalen Islampolitik, und, wie stand es seit den siebziger Jahren um gelehrte ameri-

19) Bob Woodward, *State of Denial*, New York 2006, S. 52: Tenet-Rice, 10.07.2001 im Weißen Haus.

20) Roger Scruton, „Islamofascism", in: *The Wallstreet Journal*, 18.08.2006.

21) Talking Points Memo, Fox News Channel, 07.06.2006.

kanische Einsichten in die Beziehung zwischen Islam und Terror?

Wissenschaftliche Vorstöße

Es lag sicher auch am mangelnden Fachwissen über Islam und Terror, aber auch daran, dass Politiker an der Macht, von denen man nicht erwarten kann, auch Nahostexperten zu sein, es oftmals versäumten, sich das nötige Fachwissen einzuholen und Foren einer kontinuierlichen Politikberatung zu den Regionen des Islam zu etablieren.[22] Amerikaner betraten bei Terror und Islam viel Neuland. In die Offensive getrieben, lebte ihr Präsident auf diesem Gebiet von der Hand in den Mund oder vom Geschick und Ungeschick seiner Redenschreiber.[23] Bush versäumte es, auf diversen Ebenen praktikable Beratungsgremien zu bilden, speziell gegenüber Irak.

Eine erste Schwalbe des islampolitischen Frühlings war ein Beitrag von Bernard Lewis.[24] Der Historiker warf 1976 zweierlei ein. Erstens existiere im Westen ein Unwille, die Natur des Islam zu begreifen – ein vom Westen unabhängiges, anderes und wichtiges Phänomen. Dem Islam sei die Idee der Trennung von Staat und Kirche fremd. Diese Religion entstand mit der Staats- und Reichsbildung. Sie bedeute daher die Einheit von Religion und Macht. Für Muslime sei es nicht die Nation, die die Grundlage für ihre Identität abgebe, sondern die religiöse Gemeinschaft. Oder anders gesagt: Staaten kommen und gehen, jedoch die Religion bleibt der Hauptfaktor ihrer multiplen Identität.

Zweitens gab es während der letzten 100 Jahre ein Wiederaufleben von islamischen Gefühlen, so der Gelehrte. Er zeigte eine neue internationale Wirkung des Islam auf, die den kurzzeitigen säkularen Nationalismus in Mittelost zu überwinden begann. Bernard Lewis beschrieb zwei Arten des wachsenden Panislamismus, den staatlich geförderten und den radikalen von unten. Zum einen folgerte er, der Islam habe seine Stärke bei der Regelung innenpolitischer Fragen bewiesen. Zum anderen, er sei auswärtig die effektivste Form, den muslimischen Konsens zwischen Staaten und Gruppenidentitäten unter den Massen zu erzeugen.

Lewis warnte davor, den Islam im begrenzten westlichen Sinn nur als Religion zu behandeln, son-

22) Dazu ferner Martin Kramer, *Ivory Towers in the Sand: The Failure of Middle Eastern Studies in America,* Washington DC, 2001.

23) David Frum, *The Right Man. The Surprise Presidency of George W. Bush,* New York 2003, S. 235–239: Frum schreibt sich den Begriff „Axis of Evil" zu, die Bush in der State-Of-The-Union-Rede Anfang 2002 aufgebracht hat.

24) Bernard Lewis, „The Return of Islam", *Commentary,* 61 (January 1976), S. 39–49.

dern mahnte an, ihn besser als Ganzheit, als die Basis von Loyalität und als Lebensweise zu verstehen. Noch sei der Islam eine ungezielte Macht in der Politik. Das könne aber eine gewisse Art von islamischen Führern ändern, wohl zuungunsten des Westens. Obwohl Ayatollah Khomeini dies vier Jahre später zu verkörpern schien, stieß Lewis' Botschaft auch im Weißen Haus auf taube Ohren – nämlich endlich dem Islam und den Muslimen in deren eigenem Verständnis zu begegnen.

Ähnliche Gedanken entwickelte eine Gruppe von Forschern, Politikern und Journalisten Mitte 1997 bis März 1998 über Amerika und den islamischen Mittleren Osten.[25)] Zu ihnen zählte auch Bernard Lewis, wobei ihre Zusammenfassungen keineswegs Einhelligkeit in der Meinung der Teilnehmer jener Tagung des Aspen-Instituts in Washington reflektiert haben. Zwar warfen diese Experten im fiktiven „Memorandum für den Präsidenten" auch die Frage auf, ob die USA eine transnationale Politik gegenüber dem Islam benötige, jedoch verneinte ihr *summary* dies. Demnach sollte „Amerika überhaupt keine Politik gegenüber dem Islam an sich" haben. Vielmehr möge es Politik allein gegenüber Staaten betreiben, wobei die Außenpolitik mit dem Verständnis der Religion verknüpft und die übliche Abneigung, sich hierbei mit dem Islam zu befassen, überwunden werden möge.[26)] Dies beschreibt gut das, was man säkulare Fehlpolitik bezeichnen könnte. Darauf komme ich zurück. Vergleicht man Lewis' Worte 1976 mit denen jener Gruppe 1998, erscheint ein Paradox: Obwohl es in den 22 Jahren dazwischen eine global verstärkte Islamisierung gab, zog man auf der Washingtoner Tagung oft genau gegenteilige Schlüsse. Das war umso fragwürdiger, als sich der Islam schon vor dem Millenium als Hauptfaktor in der Weltpolitik erwiesen hatte.

Nun fasse ich im ersten Satz eines jeden der hier folgenden elf Unterpunkte jene frühen Aussagen von Lewis zusammen, wobei ich die letzten drei Punkte aus seinem fiktiven Memorandum auf jener Tagung hinzunahm, was ein US-Präsident über den Islam wissen sollte.[27)] Hingegen entstammt jeder zweite Satz in den elf Unterpunkten sinngemäß dem Beitrag des Pariser Forschers Olivier Roy, den er auch auf jener Tagung vorlegte. Roy beschrieb den Islam als strategischen Faktor.[28)] Wie deutlich wird, bilden Lewis und

25) Philipp D. Zelikow, Robert B. Zoellick (eds.), *America and the Muslim Middle East. Memos to a President*, Washington DC 1998, 194 S. (Tagung Mitte 1997, Texte auf dem Stand von März 1998).

26) Memorandum for the President, From: Your Staff, Subject: Summary Discussion on the Muslim World, S. 43–45, hier S. 44.

27) Memorandum for the President, From: Bernard Lewis, Subject: What You Should Know about Islam, ebd., S. 5–18.

28) Memorandum for the President, From: Oliver Roy, Subject: What You Should Know about Islam as a Strategic Factor, ebd., S. 33–42.

MEMORANDUM FOR THE PRESIDENT

From: Your Staff

Subject: Questions for Discussion on the Muslim World

1. How is the Muslim world adapting to modernity and globalization?
   - Economic development (example of Muslim Middle East compared with Muslim Southeast Asia)
   - Political development: What is the key variable—Islam, the nation, or the state?
2. How do Muslim states relate to one another?
3. Around the world, is Islamic extremism surging or ebbing? To what extent will the United States be its target?
4. Does the United States need a transnational policy toward "Islam"?
5. How should such a policy regard domestic governance in Muslim states?
   A. With indifference? (Illustration: Should the United States base its policy toward Egypt solely on its international behavior?)
   B. With limited declarations of preference? (Illustration: Should the United States announce that Egypt should do more to uphold human rights, gender equality, or the rule of law? Be more democratic?)
   C. Differentiating "rogue" or "backlash" states because of their domestic behavior? (Illustration: Should the United States penalize Egypt if it crushes domestic dissent?)
   D. With broader intervention/pressure/engagement with opposition? (Illustration: Should the United States press Egypt's president Hosni Mubarak to share power with the Muslim Brotherhood? Open our own diplomatic dialogue with the Brotherhood?)

Dok. 3: Fiktives Memorandum an Präsident Bill Clinton, das eine Washingtoner Gruppe von Gelehrten und Journalisten bis 1998 ausgearbeitet hat. Erstmals wird hier gefragt, ob Amerika eine transnationale Politik gegenüber dem Islam verfolgen soll (und verneint). In dem Jahr war aber alles reif für die nationale Islampolitik: Der Terror hatte die USA innen und außen voll ergriffen, Islamisten erklärten den Demokratien den Krieg, es gab (oft nur auf dem Papier) eine kohärente Anti-Terrorpolitik, Usama bin Ladins al-Qa'ida und Hizballah waren als erstrangige Ziele identifiziert worden und nach dem Ende des Krieges zwischen Irak und Iran war ein globaler Ansatz für den Islam nötig. Amerika blieb aber in einen Skandal vertieft.

er zwei Pole zum Thema, die ich mit einem dritten Satz zu jedem Unterpunkt kommentiere. So zeige ich, wie kontrovers Beziehungen zwischen Islam und Terror unter Wissenschaftlern waren – und sind. Oder anders: Eventuelle Vorlagen aus der Forschung für eine nationale Islam- und Anti-Terrorpolitik an das Weiße Haus konnten je nachdem konservative bis liberale Pole aus der Forschung reflektieren. Ich verwende hier den Begriff „der Islam" als Abstraktum wie „der Leser".

*Islam und Terror: Bernard Lewis 1976 – Olivier Roy 1998 * mein Kommentar 2006*

1. Die Natur des Islam muss als eigenständiges, vom Westen unabhängiges und anderes Phänomen begriffen werden. – Nehmen Sie den Islam nicht bei seinen eigenen Worten, denn Muslime reden meist von ihrer Vision des Islam. * Man kann die Natur des Islam aus dessen Anspruch und Realität ersehen und seine Arten nach ihrem demokratischen Potenzial bewerten.
2. Der Islam soll nicht nur in einem limitierten westlichen Sinne als Religion behandelt werden, sondern besser als Gemeinschaft, als Basis von Loyalität und als Lebensweise. – Dem widerspricht die islamische Mannigfaltigkeit, die zu oft nur durch ein Mittelost-Prisma gesehen wird wie auch mittelöstliche Politik nicht durch ein islamisches Prisma gesehen werden sollte. * Der Islam birgt starke totalitäre Ansprüche einer allumfassenden Lebensweise, Weltsicht und multiplen Identität: Die Politik gegenüber Mittelost und den anderen islamischen Regionen muss immer auch durch ein islamisches Prisma begriffen werden.
3. Die Trennung von Staat und Kirche ist dem Islam fremd, er bedeute eher die Einheit von Macht und Religion. – Die „offizielle" Art des Islam, einschließlich der „säkularen" Staaten wie die Türkei, ist oft konservativ, feindlich gegen westliche kulturelle Einflüsse, nicht offen für Pluralismus und Dialog; Mainstream-Islamisten greifen bloß zur Gewalt, wenn sie mit Gewalt unterdrückt werden; wenn nicht, können sie in das politische Spiel integriert werden; Reformislam hat wenig Aussichten: wer ihn zu laut fordert, kann als Mann des „amerikanischen Islam" gebrandmarkt werden. * Der

Islam hat den ständigen Auftrag zu einer weltweiten Islamisierung, darunter durch den Djihad des Angriffs, im Gegensatz zu dem der Verteidigung; der Reformislam ist im Sinne der Demokratisierung offen, wo es regionale Wege der Einheit von Macht und Religion in die Moderne geben kann; dabei anzunehmen, Gewaltfreiheit führe zu friedlichen Islamisten, wäre eine glatte Illusion, denn im Islam steckt Frieden, aber auch Gewalt, darunter gegen Frauen und Nichtmuslime; die Jihad-Doktrin und die Haltung zu den Frauen bilden die größte zivilisatorische Hürde.

4. Für Muslime ist nicht die Nation die Basis ihrer Identität, sondern ihre transnationale Religionsgemeinschaft. – Der Nationalismus ist stärker als der Islam; der radikale Islam hat sich zum Islamo-Nationalismus gewandelt; der Islam ist ein neues Aushängeschild für alte Antagonismen; von ihm kommt nicht die Gewalt, nicht einmal vom radikalen Islam, sondern von inneren Problemen; Terrorismus ist in keinerlei Hinsicht ein islamisches Nebenprodukt, denn terroristische Staaten und Vereine der siebziger Jahre waren säkular; im Folgejahrzehnt waren sie ideologisch motiviert und in den neunziger Jahren stammen sie von wurzellosen Militanten wie Ramzi Yusuf: Aber sie scheinen unfähig zu sein, eine neue Art der politischen Mobilisierung in islamischen Ländern zu erzeugen. * Der Islam ist der übergreifende Halt für Muslime, weniger Staat oder Nation, wobei dem Islam Gewalt und Militanz eigen sind: Der Islam versiegte nicht im Islamo-Nationalismus, sondern er führte auch zum globalen Islamismus mit dem ihm eigenen Terror und der Fähigkeit, Massen zu mobilisieren.
5. Islamische Gefühle leben im staatlichen Panislamismus von oben sowie im radikalen Panislamismus von unten auf und überwinden den säkularen Nationalismus. – Politiker von Hafiz al-Assad bis Saddam Husain fallen nicht durch islamisches Gebaren auf, und ein Großteil der Bevölkerung folgt unpolitischen, religiösen Bruderschaften wie in Ägypten, in der Türkei und in Marokko; die meisten islamistischen Bewegungen wurden islamonationalistisch. * Jene Politiker waren auch Muslime: Als solche gingen sie mit dem Islam nach

Opportunität um; das säkular nationalistische Modell verlor nicht allein in Arabien gegenüber panislamischen Ideen; zu meinen, Islam und Macht seien scharf zu trennen, Religiöses leicht zu privatisieren und religiöse Bruderschaften seien unpolitisch, das ist Wunschdenken.

6. Der Islam hat seine Stärke zur Regelung innenpolitischer Probleme erwiesen. – Die Kombination aus Nationalismus, Populismus und dem Ruf nach Moral und Authentizität ist die Quelle des Einflusses islamistischer Bewegungen in der Innenpolitik; doch einmal an der Macht, haben deren Führer wenig Raum, die Gesellschaft oder deren strategisches Umfeld zu ändern: sie sind unfähig, ein neues Modell zu entwickeln, und bald wenden sie sich nicht-islamistischen Wirtschaftspraktiken zu. * Der Islam ist innenpolitisch potent, wobei ein Urteil über sein islamistisches Modell seit 1979 verfrüht ist. Der wirtschaftliche Anpassungsdruck an den globalisierten Weltmarkt kann innere Reformen beflügeln.
7. Der Islam ist auch außenpolitisch die effektivste Form, einen muslimischen Konsens zwischen Staaten sowie Gruppenidentitäten unter Massen zu erzeugen. – Die islamische und arabische Einheit sind ein Mythos; die fehlende konkrete Solidarität hat strategisch wenig Einfluss: Indem Islamisten an der Macht sehr unterschiedliche Ordnungen mit sehr verschiedenen strategischen Perspektiven ihrer Interessen vertreten, ist der Islam an sich kein strategischer Faktor. * Islamische Diversifizierung spricht nur für die Flexibilität des Islam und dafür, dass er ein Medium der Loyalität und ein strategischer Faktor ersten Ranges in der Außenpolitik bleibt, wofür auch 57 Staaten der Organisation Islamische Konferenz werben.
8. Noch ist der Islam eine ungezielte Macht in der Politik, was aber das Auftauchen von gewissen Führern zuungunsten des Westens verändern könnte. – Zwar machen Islamisten den Islam zur radikalen politischen Ideologie, jedoch hat die iranische Revolution wenig langfristigen Einfluss auf andere islamische Staaten; und der Ansicht von Orientalisten, der Islam könne nur unter Schwierigkeiten in die Muster der modernen westlichen Welt integriert werden oder gar mit ihr im feind-

lichen Dauerzustand bleiben, widerspricht dessen Vielfalt. * Der Islam ist als Basis von terroristischen Ideologien antidemokratisch und antimodern, hat jedoch Potenzen, dies aus sich heraus einzugrenzen; die islamische Revolution Irans und ähnliche Ansätze zeitigten Kulturkämpfe und Zivilisationskonflikte, deren Ausgang unentschieden ist und stark vom demokratischen Selbsterhaltungswillen abhängt.

9. In islamischen Regionen gibt es ein höheres Niveau von Gläubigkeit und religiöser Praxis, was teilweise die einzigartige Einstellung von Muslimen zur Politik erklärt. – Viele Muslime führen ein sehr säkulares Leben und ihre konservativen Werte haben mehr mit der Kultur in Mittelost als mit ihrer Religion zu tun. * Im Ursprungsraum der drei offenbarten Religionen sind Kultur und Religion untrennbar, woraus Eigenheiten der Religiosität im Alltag, in der Kultur und in der Politik folgen: Übliche Termini aus Demokratien zum politischen Spektrum von links bis rechts oder zu Werten von konservativ bis liberal erklären kaum islamische Positionen; sinnvoller sind dort eigene Begriffe aus Stammes- und Glaubensidentitäten.
10. Die Migration von Muslimen nach Westeuropa und Nordamerika fügt dem Islam eine weltweit neue Dimension hinzu. – Indes sich die westliche Aufmerksamkeit gegen die terroristischen Länder konzentriert, könnte es sich erweisen, dass die Terroristen unter uns, unter unseren Freunden sind; das freiwillige Leben von Muslimen im Westen lockert oder löst deren Ursprungsbande in der zweiten oder dritten Generation auf; sie sind nicht länger mehr ein Brückenkopf der mittelöstlichen Politik; ihre Identität im säkularen Umfeld wird keine Lebensweise mehr sein, sondern rein religiös und privatisiert: In dem Sinne ist der Islam im Westen nicht länger mehr ein Import, sondern auch eine westliche Religion. * Die Medienrevolution stärkt die Bande zwischen Muslimen weltweit und ihr Gefühl, der reellen und virtuellen Umma anzugehören, was die Integration im konkreten Land über Generationen bremsen kann; in Räumen, wo sich nun muslimische Mehrheiten entfalten, kann der demokratische Grundcharakter in Regionen und Ländern

untergraben werden, zumal der Islam als Ideologie eine Basis für massenweise Radikalisierungen liefert.

11. Die Kernfrage für westliche Politiker lautet: Ist der Islam, ob fundamentalistisch oder nicht, eine Bedrohung für den Westen? – Die Attraktivität des Islam wird nicht die politische Landschaft verändern, aber stark genug bleiben, um langfristig Stabilität zu verhindern. * Der Islam ist eine Bedrohung für Demokratien aller Kontinente, wenn nicht seine Basis für totalitäre und terroristische Ideologien wie den Islamismus eingeschränkt wird; gelingt dies, vor allem durch Muslime und ihre globalen Organisationen selbst, dann kann der reformierte Islam zum Aufblühen von Zivilisationen beitragen; bis dahin gibt es weltweit islamistischen Zündstoff untereinander, gegen Demokratien, die Moderne und die Globalisierung.

■ Säkulare Fehlpolitik

Im Hinblick auf die hier untersuchte Beziehung zwischen Islam und Terror hat die Bush-Administration seit Oktober 2005 einen Nebelschleier gelüftet und die Ideologie des Islamismus zum Feind Amerikas und anderer Demokratien erklärt, so der Präsident in der *State of the Union Address* Ende Januar 2006. Als Synonyme gelten dafür zudem *Islamic radicalism, radical Islam, militant Jihadism* und *Islamofascism*. Solche Begriffe sind aus einer gewissen Wortnot geboren, denn es soll kenntlich gemacht werden, dass es hier nur um Richtungen und deren Aktivisten geht, nicht jedoch um alle Muslime oder den Islam insgesamt.

Mit anderen Worten, vier Jahre brauchte die gegenwärtige Administration, die ja aktiv zwei Kriege in islamischen Ländern führt, um den Gegner klarer zu benennen, mithin die Ziele und Mittel eines zivilisatorischen Konfliktes, der sich als neuer Weltkrieg entpuppt. Auf dem Weg der Erkenntnis, dies soll am Rande erwähnt werden, wuchs seit Mitte 2004 den Debatten um den *9/11-Report* in der Herausbildung des allgemeinen Wissens über solche globalen Zusammenhänge eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Auch wenn dieser Bericht noch manche Ungereimtheiten birgt,[29] die in seiner erweiterten Form

29) Dazu meine Beiträge, „Das bittersüße Image Amerikas. Stärken und Schwächen im amtlichen 9/11-Report“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 20(2004)11, S. 89–110: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_5812_1.pdf und „National Commission: The 9/11-Report. New York 2004“, in: *Middle East Policy*, XII(2005)1, S. 160–163: http://www.mepc.org/journal_vol12/0503_wsbkr.asp sowie die Besprechung in HSozKult: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=5431.

keineswegs alle ausgetilgt worden sind,[30] so hat doch die starke Auseinandersetzung damit für viele Amerikaner eine neue Weltsicht auf die Globalisierung befördert. Die drei Berichte darin zum erzielten Fortschritt bis Ende 2005 bergen bereits Komponenten einer anstehenden US-Islampolitik.

Im Frühjahr 2006 trat George W. Bush vor einem Forum von amerikanischen Bürgern auf, das einige TV-Anstalten live übertragen haben. Schlagartig bestätigte sich, dass er über kein kohärentes Konzept des Umgangs mit dem Islam verfügte. Auf die Frage, wie Amerika der täglich und weltweit islamistisch indoktrinierten Jugend begegnen könne, äußerte er, stärker die moderaten Muslime zu unterstützen und sich mehr in weltweiter Hilfe bei Katastrophen üben zu wollen, wie das nach einem Erdbeben in Pakistan der Fall gewesen sei. Dies werde zeigen, dass Amerika eine gute Macht sei, die den Muslimen zur Seite stehe.[31]

Daraufhin befragte ich ein Mitglied der gegenwärtigen Administration, ob diese eine Islampolitik besitze. Die absehbare Standardformel lautete dabei in etwa so: Als eine säkulare Regierung verfolge man keine ausdrückliche Politik gegenüber einer Religion der Welt. Ihr gegenüber habe man zwar eine Praxis der Handhabung, aber keinen verbrieften Kurs.

Das Manko besteht fort, obwohl es vor den Wahlen im November 2006 Fortschritte gab: Gesetze zur Grenzsicherung und zum Umgang mit gefangenen Terroristen. Bush erklärte am fünften Jahrestag der Anschläge auf Amerika den Konflikt mit der totalitär-islamischen Ideologie zum entscheidenden ideologischen Kampf des 21. Jahrhunderts. Bin Ladin, sagte er, habe diese Auseinandersetzung den „Dritten Weltkrieg“ genannt. Und: „Wir befinden uns nun in den frühen Stunden dieses Ringens zwischen Tyrannei und Freiheit. [...] Haben wir das Zutrauen“, so fragte dieser Präsident, „in Mittelost das zu tun, was unsere Väter und Großväter in Europa und Asien erreicht haben?“[32] Dennoch hält die säkulare Fehlpolitik an.

Aus ihr erklärt sich auch die Ansicht von Teilnehmern auf der erwähnten Washingtoner Tagung vor dem Millenium, keine transnationale Islampolitik Amerikas zu benötigen. Sie orientierten allein auf eine Politik gegenüber *Staaten* mit einem besseren Verständnis der Religion, wobei sie die verbreitete

30) The 9/11 Commission Report. Fully Updated with Controversial Third Monograph and Never-Before-Published Progress Reports from the 9/11 Commissioners. New Introduction by Thomas H. Kean and Lee H. Hamilton. Barnes & Noble Publishing, New York 2006, 816 pp.

31) Speech by George W. Bush as Aired by FNC, 17.02. 2006.

32) President Bush's Address to the Nation. Transcript, *The New York Times*, 11.09.2006

übliche Abneigung, sich mit dem Islam zu befassen, eingestanden. Das drückt die säkulare Fehlpolitik aus, die ihre historischen Wurzeln hat. Wohl deckt sich das mit den Aussagen von Politikern und mit meinen Recherchen in den *White House policy papers.* Doch ist es paradox: Denn zum einen nennt sich eine Gruppe von 57 Staaten islamisch. Ihre Vertreter in der Organisation Islamische Konferenz wollen auch weltweit so gesehen werden. Ihre Oberhäupter und Außenminister streben exklusiv in diesem Rahmen nach Einheit. Einmalig, gibt es doch keinen formell protestantischen oder buddhistischen Weltblock.

Zum anderen ist Amerika eben in jener islamischen Gruppe seit 25 Jahren umfassend und intensiv präsent. Es bildete Allianzen mit Regierungen unter ihnen, führte Krieg gegen sie oder in ihnen. Geschah das etwa alles auf der Basis einer ungeschriebenen Islampolitik mit dem typischen Fehler, den Islam im westlichen Sinne nur als Religion zu behandeln, die man ja in der Politik ausklammern könne (und laut säkularen Normen auch sollte)?

Wie gezeigt, haben vier amerikanische Präsidenten bis kurz nach dem Millenium die überfälligen Debatten um den Islam sogar auch in ihren geheimen Direktiven versäumt. Eine Ausnahme gab es nur in den Administrationen Bill Clintons und George W. Bushs im Hinblick auf al-Qa'ida und Usama Bin Ladin. Jedoch die Anti-Terrorpolitik, die sie betrieben haben, blieb unscharf. Im Vakuum des Wissens und der Wahrnehmung, das seit der ersten nationalen Anti-Terrorpolitik ab 1986 fortbestand, liegen kurzfristige geistige Wurzeln des 11. September 2001. Aus der Forschung gab es zwar 1998 eine Vorlage an Clinton, ob eine nationale Islampolitik betrieben werden möge, doch fanden Gelehrte, die das bejahten, kein Gehör. Der Präsident stürzte Amerika in einen Skandal. Die Amerikaner erlaubten sich im Versäumnisjahr 1998 einen tiefen Streit, als es höchst geboten war, eine nationale Islampolitik zu entwickeln: Die globale Konfliktachse wies insbesondere durch die aufkommenden Konflikte mit Irak, Iran und Afghanistan noch klarer auf Süd-Nord, Usama Bin Ladin hatte gerade dem Westen den Krieg erklärt und diese Kriegserklärung durch die parallelen Anschläge auf US-Botschaften in Afrika erhärtet, die Forschung fragte das Weiße Haus nach einer transnationalen Islampo-

litik, und Clintons Anti-Terrorpolitik nahm Konturen an, doch verfing sie sich im Ziel-Mittel-Konflikt und der Wahrnehmungslücke gegenüber dem Islam.

Die Großanschläge auf Amerika, die das extreme Versagen der ältesten demokratischen Republik der Welt symbolisieren (der CIA ist gebildet worden, um ein zweites Pearl Harbor zu verhindern), haben langfristige geistige Wurzeln. Diese folgen auch aus dem säkularen Selbstverständnis. Nach dem ersten Zusatz der Verfassung von 1787 darf der Kongress kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion vorsieht oder die freie Ausübung einer Religion verbietet.

Dieser *wall of separation between church and state,* wie es Thomas Jefferson 1802 trefflich nannte, führte auch in der praktischen Außenpolitik dazu, ein völlig säkulares Konzept gegenüber Religionen zu verfolgen und dieselben nach diesem demokratischen Selbstverständnis mehr und mehr auszuklammern. Das mag seine Richtigkeit im Kurs gegenüber gleichartigen Demokratien und Regionen gehabt haben, nicht aber gegenüber dem Islam. Wie gezeigt, betrieb hier das Weiße Haus wenigstens 25 Jahre lang eine säkulare Fehlpolitik. Erst eine nationale Katastrophe musste diese Lücke zwischen der 2001 fehlenden nationalen Islampolitik und der seit 1986 praktizierten Anti-Terrorpolitik aufdecken. Wenn man im Weißen Haus lernt, den Islam und seine Varianten zu begreifen und damit offensiv umzugehen, bedeutet das nicht, dass damit gegen den ersten Zusatz zur Verfassung verstoßen würde. Das heißt nur, den Realitäten der islamischen Zivilisation und ihrer geographischen Räume zu entsprechen. Andererseits erwächst die Gefahr, die Islampolitik im Sinne des christlichen Aktivismus zu verfolgen und in einen Kampf der Fundamentalisten umzumünzen. Das mögen *checks and balances* des demokratischen Systems verhindern.

■ Was wäre Islampolitik?

Gegenüber Religionen wenden Politiker zumeist drei Regeln an – die Konfession aus der Politik zu halten, mit ihr Politik zu betreiben oder aus den beiden Prinzipien eine flexible Mischtaktik zu entwickeln. Die erste Regel favorisiert eine der gegenwärtigen Praktiken der judäo-christlichen Tradition, die zweite eine aus der islamischen Religion. Die dritte Regel benut-

zen Politiker gern, um religiöse Grundlagen von Ideologien und Kulturen als Handlungsorientierung und Mittel der Koalitionsbildung zu verwenden. Regel drei wirkt offenbar dort besser, wo multikonfessionelle Konstellationen und Globalisierungen wie deren Gegentendenzen vorherrschen. Keine der drei Regeln kommt in Reinform vor, was auch mit den sich ändernden multiplen Identitäten von Politikern und deren Anhängern zusammenhängt.

Praktikabel wäre es, wenn alle Akteure derselben Regel folgten und die Religionen aus der Politik heraushalten würden. Aber dies ist mehr eine westliche Erfahrung, die nicht ohne Weiteres auf den islamischen Raum übertragen werden kann. Der Islam ist dort als Hauptreligion eine Totalität, die auch US-Administrationen beschäftigt hat. Im Grunde lief deren Islamkurs oft auf zweierlei hinaus. Erstens verstanden ihre Politiker darunter im weiteren Sinne die objektive Stellung und die Rolle des Islam oder seiner Teile in der auswärtigen Politik – dies unabhängig von der Existenz eines formulierten politischen Gesamtkurses gegenüber dem Islam durch die Exekutive. Wer sich mit Amerika befasst, entdeckt solche Grundtendenzen der Islampraxis wie die ignorierende, apologetische und realistische, selbst wenn diese nicht wie sonst üblich in den *White House policy papers* in Präsidialdirektiven formuliert sind. Freilich, der Washingtoner Islamkurs im weiteren Sinne spielte bislang stets seine indirekte Rolle als Teil der jeweils gegenüber den Staaten und den Problemen formulierten Landes- und Regionalpolitik, was übrigens Papiere des State Department besser als die des Weißen Hauses belegen. Doch lange übersah man nicht- und zwischenstaatliche islamische Akteure, deren Rolle durch die Organisation Islamische Konferenz und durch Terrorvereinigungen wie al-Qa'ida, Hamas und Hizballah wächst. Diese gilt auch für zivilgesellschaftliche Vereine der Muslime in Europa.

Im engeren Sinne betrifft die Islampolitik ein nationales, im politischen Machtzentrum formuliertes und verfolgtes Konzept, dass sich auf eigene Traditionen beruft wie sie zum Beispiel George H. W. Bush schon mit seinem Hinweis auf den Einsatz der Navy gegen den Pascha von Tripolis in der Sicherheitsstrategie angedeutet hat. Islampolitik im engen Sinne zeichnet sich durch einen schriftlich fixierten Ge-

samtansatz mit Werten, Zielen, Methoden und Instrumenten ihrer Verwirklichung gegenüber dieser Religion und ihren staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren aus. Für das Weiße Haus lässt sich historisch wie aktuell die weitere und indirekte Islampolitik beschreiben. Wie gezeigt, nähert es sich im konfliktreichen Prozess der präsidial geführten Außenpolitik der engeren Islampolitik an.

Islampolitik lief sowohl direkt als indirekt ab. Direkt, ging es um die gesamtnationale Beeinflussung von Staaten und anderen Akteuren als ideelle oder als reelle Zentren dieser Religion. Stichworte wie die Al-Azahr-Universität in Ägypten und die Heiligtümer in Saudi-Arabien, Irak, Iran und Israel mögen hier genügen. Islampolitik war mittelbar oder indirekt, wenn nationale Politik gegenüber dieser Religion mit rivalisierenden Kräften betrieben wurde. So hat sich Washingtons Politik mit christlichen Minoritäten in Mittelost als indirekte Islampolitik erwiesen – siehe Armenier im Ersten Weltkrieg – wie auch der Kurs gegenüber Israel und den in Mittelost lebenden jüdischen Minoritäten, etwa in Marokko.

Mit anderen Worten: Wenn sich Amerika für den Schutz von Minderheiten aus anderen Religionen in der Region stark gemacht hat, so verfolgte es dabei zugleich eine indirekte Islampolitik. Sie lief stets darauf hinaus, Religionen für die eigenen nationalen Ziele zu funktionalisieren. Dies doppelt, wenn Washington auf die Potenzen im Islam zum Schutz von Minderheiten drang, oder auch als Abwehr, wenn es gewisse islamistische Einflüsse zurückzudrängen suchte. Das ist der Fall, seitdem Amerika aktiv regionalen Gegnern der islamischen Revolution hilft. Welche historischen Eigenheiten weist diese Islampolitik auf?

Amerikas historische Islampraxis

Die Gründerväter haben sich allein in Streiflichtern mit dem Islam befasst. Als Thomas Jefferson in seiner Autobiographie Virginias Gesetz zur Religionsfreiheit besprach,[33] lobte er, dass dort der Verweis auf Jesus Christus mehrheitlich herausgenommen wurde, damit religiöse Freiheit und Freiheit von der Religion auch die Juden, Heiden, Christen, Muslime, Hindus und Ungläubigen aller Arten betreffe. Religion und

33) Jim Walker, „Little-Known U.S. Document Signed by President Adams Proclaims America's Government Is Secular", in: *The Early America Review*, II (Summer 1997).

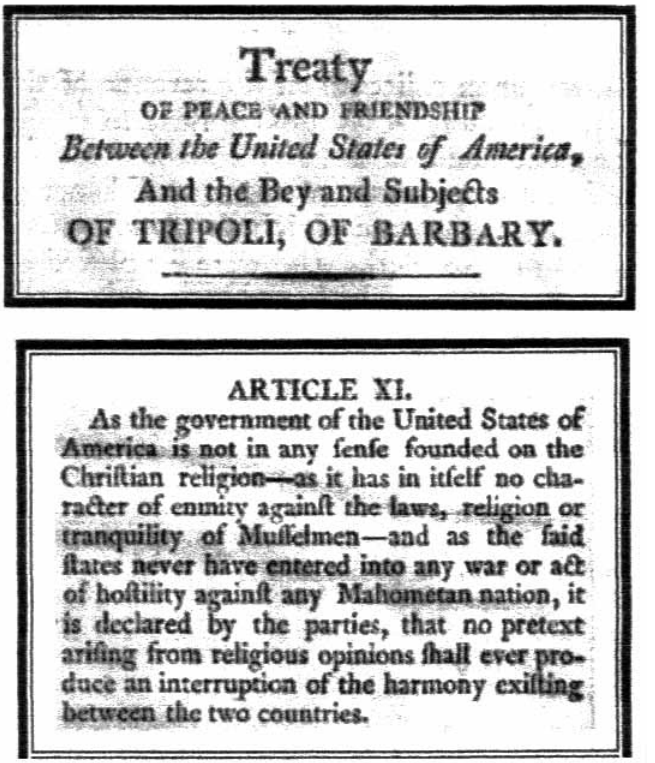
Regierung, meinte er einmal, würden in größerer Reinheit existieren, je weniger sie miteinander vermischt werden.

Zur selben Zeit, kurz vor 1800, begann Amerikas außenpolitische Islampraxis, als es eine Strafexpedition gegen die Piraterie der so genannten Barbaren-Staaten Nordafrikas aussandte. Denn die Korsaren verunsicherten nicht nur den normalen Schiffsverkehr im Mittelmeer, sondern sie verkauften jahrzehntelang Tausende von Menschen aus westlichen Ländern in die Sklaverei. So gesehen, waren vor allem Araber nicht allein die frühen Kolonialisten an den Küsten Afrikas und Asiens, sondern auch die maßgeblichen Sklavenhändler. Im Ergebnis dessen gingen die Präsidenten George Washington und John Adams 1796 und 1797 den Vertrag von Tripolis ein, der auf der amerikanischen Seite die *Trennung von Staat und Kirche als Prinzip in der auswärtigen Politik* bestätigt hat. Im Artikel elf heißt es, die amerikanische Regierung beruhe in keinerlei Art auf der christlichen Religion. Sie habe selbst nichts gegen die Religion der Muslime. Da die USA nie im Kriegszustand mit einer islamischen Nation standen, erklärten beide Parteien, dass die Harmonie zwischen ihnen nimmer aus religiösen Ansichten heraus gestört werden möge. Als die Angriffe auf die Schifffahrt nicht aufhörten, schickte Amerika bis 1805 das Militär gegen den Pascha von Tripolis.[34)]

Die Geschichte der amerikanischen Islampraxis bedeutete Krieg und Frieden. Daraus folgt ihre zweite Eigenheit, direkt aus der Aufklärung in Europa und der amerikanischen Revolution, die aufgrund des britischen Liberalismus und seiner nordamerikanischen Ausformung den demokratischen Befreiungsimpuls um die Welt gesandt und die *Ära der globalen Zivilisations- und Kulturkämpfe* eingeläutet hat. Freilich zeitigten in Mittelost die französische und die russische Revolution wie deutsche Einflüsse tiefere Wirkungen, zumal sie staatlichen Terror von oben und Terrorismus von unten als politische Waffen demonstriert haben.

Die dritte Eigenheit in der historischen Islampraxis Amerikas besteht darin, dass der Islam dort entweder nie voll in den Dreierreigen der innerhalb desselben mittelöstlichen Raumes offenbarten Religionen einging oder früh wieder herausfiel. Viel deutet auf den

34) Addison Beecher Colvin Whipple, *To the Shores of Tripoli: The Birth of the U.S. Navy and Marines,* New York 2001.



Treaty

OF PEACE AND FRIENDSHIP

Between the United States of America,

And the Bey and Subjects

OF TRIPOLI, OF BARBARY.

ARTICLE XI.

As the government of the United States of America is not in any ſenſe founded on the Chriſtian religion—as it has in itſelf no character of enmity againſt the laws, religion or tranquility of Muſſelmen—and as the ſaid ſtates never have entered into any war or act of hoſtility againſt any Mahometan nation, it is declared by the parties, that no pretext ariſing from religious opinions ſhall ever produce an interruption of the harmony exiſting between the two countries.

Dok. 4: Der Vertrag mit dem Pascha von Tripolis, der nur acht Jahre galt, sollte 1797 die Religion aus den auswärtigen Beziehungen heraushalten. Sie möge keinen Vorwand dafür liefern, friedliche Beziehungen zu stören. Ein Kerndokument der ältesten Demokratie, die Staat und Kirche strikt trennte – Teil des historischen Hintergrunds der säkularen Fehlpolitik gegenüber dem Islam.

ersten Fall hin. Indes Europas Aufklärung die Verwandtheit dieser Religionen pflegte, war der *Islam etwas Fremdes in Amerika.*[35] Dies mag in der Phase der Besiedlung Amerikas, seiner Konstituierung als Staat, dem damaligen Stand der Aufklärung, ihrer westlichen Verzweigung[36] und der geographischen Ferne des Islam seine Ursachen haben.

Unter den Einwanderern waren relativ wenig Muslime. Das blieb in den nachfolgenden 100 Jahren so: von 300 Millionen Einwohnern sind etwa sechs Millionen Muslime. Der Islam ist in Amerika ein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Dies weist auf eine vierte Eigenheit hin: die besondere Verflechtung zwischen dem Muslimsein in Amerika und der „schwarzen" Bürgerrechtsbewegung. Zum Islam überzutreten,

35) Mein Beitrag, „Wilhelm II., Sozialdemokraten, Muslime und Nordamerikaner 1898", in: Klaus Jaschinski, Julius Waldschmidt (Hg.), *Des Kaiser Reise in den Orient*, Berlin 2002, S. 37–60. http://www.trafoberlin.de/pdf-dateien/KaiserbeitragSchwanitzWord.pdf.

36) Gertrude Himmelfarb, *The Roads to Modernity. The British, French, and American Enlightenments*, New York 2004.

dies galt oft als Protest der Afroamerikaner gegen „weiße“ Diskriminierung. In Detroit bildete Wallace D. Fard 1930 die *Nation of Islam* für Muslime. Nach dem Zweiten Weltkrieg verzweigte sich der Verein[37], dessen Bürgerrechtler oft dem Islam nahe standen oder konvertierten. Aus Sicht des Weißen Hauses verlieh dies dem US-Islam Sprengkraft. Umgekehrt gab es *afroamerikanische Sympathien für den Protestgehalt des Islam*. Sie erzeugt auch Affinitäten zu den Islamisten, die gewählte Repräsentanten der Afroamerikaner zu gewinnen suchen.

Die fünfte Eigenheit: Amerikas außenpolitisches Dogma, sich nicht in Europas Händel verwickeln zu lassen, fiel nicht nur Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem NATO-Pakt. Als dieser mit der Türkei eine junge Demokratie mit islamischer Bevölkerung einbezog, *stieß Washington das Tor des zivilisatorischen Brückenschlags Orient-Okzident am Bosporus weit auf*. Da es einst darum ging, das nukleare Inferno im Ost-West-Konflikt zu verhüten, sahen US-Präsidenten islamische Räume als Flankenzonen des Hauptkonfliktes an. So übersahen sie den Aufstieg des radikalen Islam als antimoderne Basis einer neuen Hassideologie, wobei der Islamismus Versatzstücke vorheriger totalitärer Ideologien aus Europa vereint hat. Auch die NATO versagte, so dass sie keinen Alarm wegen der neuen Fronten am Ende des Kalten Krieges schlug. Im afghanischen Fall hat das Weiße Haus gegen den Kreml gar *Jihad made in U.S.A.* kultiviert. All das wird nun korrigiert, wobei der Türkei, Afghanistan und auch dem Irak eine Hauptrolle auf afro-asiatischen Wegen in die Moderne zuwächst.

Dies führt zu einer sechsten Eigenheit der historischen US-Islampraxis. Als Amerika 1942 erstmals Mittelost zu seiner vitalen Interessensphäre erklärte und Teile Nordafrikas präventiv besetzte, verwarf die Führung eine geheimdienstliche Idee, islamische Führer Nordafrikas auf seiner Seite gegen Jerusalems Großmufti auf der Seite der Achsenmächte wirken zu lassen, der bekanntlich von Berlin aus den Jihad gegen die Alliierten gepredigt hat. Zur Begründung hieß es, dies könne zu einem christlich-muslimischen Krieg führen.[38] Obwohl die Kriegslage mit dem deutschen Vormarsch in Nordafrika brenzlig war, wollte man in Washington und London den Islam nicht außenpolitisch instrumentalisieren. *Amerika, Großbritannien*

37) Qamar-ul-Huda, „The Diversity of Muslims in the U.S“, in: U.S. Institute of Peace. Special Report 159 (2006)2; Joanne Turner-Sadler, *African American History. An Introduction*, New York 2006.

38) Dazu mein Beitrag, „Die Berliner Djihadisierung des Islam. Wie Max von Oppenheim die islamische Revolution schürte“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 20 (2004)10, S. 17–37 http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_5678_1.pdf.

und ihre Alliierten befreiten Muslime nicht nur von Italiens Faschismus und vom deutschen Nationalsozialismus. Sondern sie verhüteten auch einen durch Hitler in Mittelost vorgesehenen Holocaust. Aber als Washington im Kalten Krieg das Ende der UdSSR vorhersah und alles weniger schlimm als im Zweiten Weltkrieg war, da förderte es den Jihad gegen die Sowjetunion. Clintons Außenministerin Albright, die, wie sie meint,[39] zu Mittelost wie zu ihrem Russisch kam, *learning by doing*, feiert diesen Fehler, den Jihad gegen ein Land der judäo-christlichen Tradition zu fördern, als „Siegesstrategie".

39) Albright, *Madam Secretary*, S. 366, 461, 657, 660: Sie ist typisch für Generationen, die kein tieferes Verständnis für den Islam entwickelt haben. Sie, die sich als Atheistin ausweist, hielt in ihrer Amtszeit nichts vom *clash of civilizations.* Ihre Zauberformel blieb *appeasement.* Aber in ihrer Amtszeit ist so viel versäumt worden. Jetzt erklärt sie die Zeit von 2001 bis 2004 als „verlorene Jahre für den Frieden in Mittelost".

■ Kluge Islampolitik

Aus all dem ergeben sich neue Anforderungen an eine nationale Politik gegenüber einer Weltreligion. Zunächst kann die Politik nur ein fördernder oder hemmender Faktor von außen sein, aber nicht die Selbstentwicklung der Muslime als Hauptsache ersetzen. Die im Weißen Haus verfolgte Islampolitik muss den Islamismus und seine Träger als das ideologische Hauptproblem identifizieren, das es offensiv zu bekämpfen gilt. Diese *National Policy on Islam* soll die globale Überwindung aller extremen Formen mit ihrem Terror als weltweite Strategie und Taktik unter Benennung der Alliierten und Gegner, der Arten des Islam und ihrer demokratischen Potenzen formulieren. Ebenso geht es darum, welche Arten des Islam auf der eurasischen Landmasse vorherrschen und wie sich diese auf Demokratien aller Kontinente auswirken. Visionen sind nötig, welche Basis und Prinzipien den Islam demokratiefähig machen, wie es mit seinem Anspruch auf Totalität und Universalität steht, was hierbei in das Reich des theologischen Streitgesprächs und des ökumenischen Dialogs gehört und was – wie der Märtyrerkult – in der Weltpolitik nicht akzeptabel ist. Welche Koalitionen können mit welchen Mitteln und Methoden und in welchen Zeiten die islamistische Ideologie und ihren Terror überwinden sowie die islamische Reformierung fördern?

Gewiss gibt es wenigstens zwei Meinungsgruppen über die Chancen des Reformislam. Die einen sagen, der Islam sei grundsätzlich weder zu weitgehenden inneren Reformen noch überhaupt zur Demokratie fähig. Seine Regionen müssten erst einen Prozess der Aufklärung sowie der Trennung von Religion und

Macht ähnlich wie in den Demokratien erfahren. Es gebe keinen guten oder schlechten Islam. Solange der Koran und die damit verknüpften Dogmen einschließlich der Jihad-Doktrin gelten, ändere sich dies auch gar nicht. Wenn doch, dann sei dies kein Islam mehr – ganz ähnlich den Kommunisten, die der Weltrevolution und dem Klassenkampf abgeschworen hätten. Zum anderen gibt es eine Meinungsgruppe, die auf den reformierten, moderaten und gegenüber Demokratien kompatiblen Islam setzt. In dieser Gruppe befinden sich auch Muslime aus den Regionen dortselbst, obgleich sie klar in der Minderheit sind und sich sehr leise in dem heute noch den Terror begünstigenden islamischen Konzert ausnehmen. Sie sind die eine Hoffnung, die eine kluge und weit ausdifferenzierte Islampolitik beflügeln kann, und zwar nicht nur durch Amerika. Das historisch, geographisch und kulturell viel nähere Europa wie auch Afrika und Asien sind ebenso gefordert wie das ferne Australien. Demokratien müssen ihre Islampolitik koordinieren.

Nachdem das Weiße Haus unter George W. Bush erklärt hat, Demokratie sei das beste Rezept gegen den Islamismus, darf die Welt ein politisches Gesamtkonzept erwarten, die nationale Anti-Terror- und Islampolitik. Es geht dabei auch darum, die Spirale der Gewalt in globalen Beziehungen zu stoppen. Dafür liefert der Koran Grundlagen. Auch dahin, dass es in der Religion keinen Zwang gibt: Niemand darf in den Islam gezwungen oder in ihm gewaltsam gehalten werden, weder durch Jihad oder anderen Terror. Jeder darf sich davor schützen. Das geht nur auf dem Weg zur demokratischen, offenen und pluralen Ordnung. In Räumen der drei monotheistischen Geschwisterreligionen ist kein Platz für Rassismus und Judenfeindschaft. Alle möchten sich ihrer natürlichen Freiheiten erfreuen, nach ihrer Façon glücklich werden, ohne Todeskult und Diskriminierung von Frauen und Minoritäten. Wenn Amerika an der Spitze der Demokratien seine Anti-Terror- und Islampolitik erklärt und offensiv betreibt, kann es den demokratischen Impuls fortführen, der einst die Welt durch die amerikanische Revolution in eine neue Ära gedreht hat. Sie läuft auf das Ende aller Diktaturen hinaus. Globalisierung und Medienrevolution tragen diesen Impuls in alle Erdwinkel. Damit gehen tief

greifende Umwälzungen für Menschen einher. Allein dies ist die demokratische Richtung der Geschichte, das Maß für Fort- und Rückschritt.